



Etwa 700 Milliarden Euro an Devisen werden allein in Europa im Jahr gehandelt – der weitaus größte Teil spekulativ

## Die Globalisierung der Steuern

Breiter Konsens in Österreich über Bagatell-Steuer auf Devisengeschäfte

VON CLEMENS NEUHOLD

Vertreter aller politischen Parteien, Wirtschaftsforscher, Banker und der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler sprachen sich am Montag bei einer Diskussionsrunde für die Einführung einer Steuer auf Devisentransaktionen aus. „Bereits eine Bagatellbesteuerung von nur 0,01 Prozent könnte in Europa jährlich 15 bis 18 Milliarden Euro einspielen“, meinte Fischler in seiner Funktion als Präsident des Ökosozialen Forums.

**NEUE AUFGABEN** Warum diese seltene Einmütigkeit über eine neue steuerliche Belastung? Nun, die Belastung der heimischen Arbeitnehmer ist schon am Platofonds. Mit der nach ihrem Erfinder benannte Tobin-Tax würden hingegen nicht der Faktor Arbeit sondern kurzfristige Spekulationen als Steuerquelle herangezogen werden. Außerdem wird es immer schwieriger, Geld fürs EU-Budget aufzutreiben. Eine auf europäischer Ebene umgesetzte Tobin-Tax wäre ein Ausweg; Die von Fischler genannte Summe würde rund 16 Prozent des EU-Budgets ausmachen.

Ein weiteres Pro-Argument nannte Margit Schratzenstaller, Steuerexpertin vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO): „Neue Steuern sind nicht automatisch schlecht“, verwies sie auf neue globale Herausforderungen wie Klimawandel oder Flüchtlingsströme. Letztere, so Fischler, könnten durch mehr Entwicklungszusammenarbeit eingedämmt werden. Er plädierte dafür, die Mittel aus der Tobin-Tax auch für die Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern einzusetzen.

Klarer Gegner der Tobin-Tax ist die Oesterreichische

Nationalbank (OeNB). Ernest Gnam warf ein, dass die Steuer nicht nur „Spekulanten“ sondern auch Warenexporteure, Kreditnehmer oder Käufer von Anleihen treffen würde. Außerdem hätte ein europäischer Alleingang bei der Devisensteuer den Effekt, dass das Kapital aus Europa „flüchten“ könnte, mit Nachteilen für den Standort EU (die USA sind strikt gegen die Tobin-Tax, Anm.).

Hier entgegneten die Befürworter, dass es sich eben um eine Bagatellsteuer im Promille-Bereich handeln

würde, die kaum jemand schade und auch nicht zur Kapitalflucht Anlass gibt. „Die Kreditgebühr in Österreich beträgt das 80-fache dieser Steuer, die Börsenumsatzsteuer in London das 50-fache“, meint Wilfried Stadler, Chef der Investkredit. Die Tobin-Tax würde die Geschäfte „nicht einmal im Ansatz“ stören. Stadler könnte sich vorstellen, die Steuer auf weitere Finanzprodukte wie Fonds auszuweiten. Auf EU-Ebene gelten Steuern auf Flugbenzin oder auf die internationale Schifffahrt als Alternative zur Tobin-Tax.

„Neue Herausforderungen rechtfertigen auch neue Steuern.“

MARGIT SCHRATZENSTALLER

„Das ist eine Strafsteuer, die auch Käufer von Anleihen trifft.“

ERNEST GNAM NATIONALBANK

### PLUS UND MINUS

**+Neue Aufgaben:** Globale Herausforderungen wie Aids, Flüchtlingsströme, Klimakatastrophen verlangen nach neuen Finanzquellen. Besteuert wird aber immer noch großteils der Faktor Arbeit in den einzelnen Ländern: Höchste Zeit für eine „Globalisierung der Steuern“.

**+Sand im Getriebe:** Weniger Spekulation mit Devisen schützt schwache Länder vor Währungsschocks. Um Sand im Getriebe der Währungsspekulation zu sein, müsste die Tobin-Tax allerdings viel höher als 0,01 Prozent sein.

**+EU-Budget:** Neben der Entwicklungshilfe könnte die Steuer die EU-Kasse füllen.

**-Trifft die Falschen:** Die Tobin-Tax trifft nicht nur „böse“ Spekulanten, sondern auch heimische Häuslbauer, die einen Fremdwährungskredit aufnehmen oder Käufer von internationalen Anleihen. Auch Banken führen täglich „gute“ Devisentransaktionen in beträchtlichem Ausmaß durch.

**-Kapitalflucht:** Der EU wird es leid tun, wenn sie vorprescht. Denn dann freuen sich Finanzplätze wie die Wall Street über die Steuerflüchtlinge.

**-Offenes Ventil:** Eine Steuer einmal eingeführt wird dazu führen, dass sie ständig steigt. Neue Steuern sind abzulehnen.

### Neuer Anbieter für Firmenbuchabfragen

Zugang zum Grundbuch, Firmenbuch und Gewereregister etc. ist künftig über die Firma lexunited möglich. Ohne monatliche Fixkosten können Abfragen um 10 Cent (plus Gerichtsgebühren) vorgenommen werden. Laut eigenen Angaben liegt der Preis um bis zu 80 Prozent unter dem der Konkurrenz.

### Kosten für das Auto sind stark gestiegen

Die Kosten fürs Auto sind im Mai dieses Jahres um 3,3 Prozent gestiegen. Laut ARBÖ haben nicht nur die Spritprei-

se angezogen, sondern auch die Preise für das Reifenservice (+6,9 Prozent), die Spengler-Stunde (+4,6 Prozent) und die Mechanikerstunde (+4,4 Prozent).

### Weniger Börsenauftritte für DaimlerChrysler

Der Autobauer DaimlerChrysler zieht sich weltweit von zwölf Börseplätzen zurück und wird künftig nur noch an den Börsen in Frankfurt, New York und Stuttgart gehandelt werden. Grund für den Rückzug seien die geringen Handelsvolumina und die hohen Kosten für die Börsennotierungen, teilte das Unternehmen mit.

### Millionen-Auftrag für T-Systems von Sappi

T-Systems Austria übernimmt den weltweiten SAP-Betrieb des südafrikanischen Papierkonzerns Sappi. Die Auftragssumme soll sich im zweistelligen Millionen-Euro-Bereich bewegen.

### Deutsche fordern keinen Rücktritt von EADS-Chef

Der Flugzeug- und Rüstungskonzern EADS dementiert Rücktrittsforderungen von deutscher Seite für Co-Chef Noël Forgeard. Der hatte eigenen Aktien verkauft, bevor die A-380-Verzögerungen bekannt wurden.



RZB-General Rothensteiner

### RZB-Vorstand wurde wieder bestellt

Generaldirektor Walter Rothensteiner (Bild oben) und seine Vorstandskollegen Her-

## EU-Gelder in Rumänien und Bulgarien mangelhaft eingesetzt

SP-Bösch hält Beitritte 2007 für verfrüht

Eine Moldau-Brücke zwischen Rumänien und Moldawien wurde zwar mit EU-Geld (3,1 Mill. Euro) fertig gestellt, doch es fehlt in Moldawien die Zufahrtsstraße und es fehlen auf beiden Seiten die Grenzposten: Dies ist eines von mehreren Projekten, die mit Hilfe von EU-Geld (Phare-Programm) in Rumänien oder Bulgarien mangelhaft durchgeführt und vom Europäischen Rechnungshof nun beanstandet wurden. Phare soll Länder in Mittel- und Osteuropa an die EU heranhelfen. Zwischen 2000 und 2004 bekam Bulgarien 511 Millionen, Rumänien 1,4 Milliarden Euro. Rund die Hälfte dieser Mittel war für Investitionsförderungen vorgesehen. Elf Investitionsprojekte nahm der EU-Rechnungshof als Stichprobe unter die Lupe.

O-Ton seiner Bewertung: Zwar entsprachen alle geprüften Projekte den Investitionszielen von Phare. Doch waren die Investi-

tionsgüter bei der Hälfte dieser Projekte nicht oder nur zum Teil für den beabsichtigten Zweck ordnungsgemäß eingesetzt. Auch die Zeitpläne wurden verfehlt, teilweise bis zu zwei Jahre.

**ZU FRÜH** Der EU-Rechnungshof empfiehlt den Behörden der beiden Länder zu „weiteren erheblichen Anstrengungen“ und der EU-Kommission, die Projekte präzise zu verfolgen.

Herbert Bösch, Haushaltsspezialist der SP im EU-Parlament stellte fest, dass die „Kapazitäten nicht ausreichen, um die Mittel zu verwalten.“ Er glaubt, dass die EU-Kommission „Rumänien und Bulgarien ein bissl schön schreibt“. Die Beitritte Anfang 2007 hält er für „zu früh. Ich wäre auf jeden Fall für 2008“.

– PATRICIA HALLER Brüssel

►INTERNET

[http://www.ecca.europa.eu/audit\\_reports/special\\_reports/special\\_reports\\_internal\\_policies\\_de.htm](http://www.ecca.europa.eu/audit_reports/special_reports/special_reports_internal_policies_de.htm)

## Förderung der österreichischen Bergbauern bis 2013 gesichert

3,5 Mrd. € von der EU zwischen 2007 und 2013

Mit einer Frohbotschaft kehrte Österreichs Landwirtschaftsminister Josef Pröll vom EU-Agrarministerat in Luxemburg nach Wien zurück: Die EU hat Österreich zur Finanzierung der ländlichen Entwicklung für den Zeitraum 2007 bis 2013 mit 3,5 Mrd. € um knapp 300 Mio. € mehr als ursprünglich erwartet zugesagt.

Damit sei die Basis für das Umweltprogramm und die Bergbauernförderung gesichert, kommentierte Pröll gestern, Dienstag, auf einer Pressekonferenz das Ergebnis. Die Erhöhung der EU-Förderung sei durch die Anmeldung historischer Ansprüche möglich gemacht worden. Neben Österreich hätten auch Schweden, Großbritannien und Dänemark ihren Förderstatus für den Zeitraum 2007 bis 2013 im Vergleich zur der im Jahre

2000 begonnenen und heute zu Ende gehenden Förderperiode verbessern können. Auf die kommenden sieben Jahre aufgeteilt fließen in die ländliche Entwicklung Österreichs jährlich 500 Mio. €. Inklusive des gleich großen nationalen Beitrags ergibt sich eine Summe von einer Mrd. € pro Jahr.

Der überwiegende Teil dieser Mittel – 520 bis 530 Mio. € – wird so wie bisher in das Umweltprogramm ÖPUL fließen. Weitere 276 Mio. € sind für die Ausgleichszulage für die benachteiligten Gebiete (Bergbauernförderung) reserviert. Für die Investitions- und Bildungsförderung sind 130 Mio. € vorgesehen, für die Regional-Offensive 70 Mio. €. Die Inflationsabgeltung könnte die zugesagten Fördermittel weiter erhöhen – von 3,5 auf 3,9 Mrd. € bis Ende 2013.



Agrarminister Josef Pröll

### ÜBERBLICK

### Neuer Anbieter für Firmenbuchabfragen

Zugang zum Grundbuch, Firmenbuch und Gewereregister etc. ist künftig über die Firma lexunited möglich. Ohne monatliche Fixkosten können Abfragen um 10 Cent (plus Gerichtsgebühren) vorgenommen werden. Laut eigenen Angaben liegt der Preis um bis zu 80 Prozent unter dem der Konkurrenz.

### Kosten für das Auto sind stark gestiegen

Die Kosten fürs Auto sind im Mai dieses Jahres um 3,3 Prozent gestiegen. Laut ARBÖ haben nicht nur die Spritprei-

se angezogen, sondern auch die Preise für das Reifenservice (+6,9 Prozent), die Spengler-Stunde (+4,6 Prozent) und die Mechanikerstunde (+4,4 Prozent).

### Weniger Börsenauftritte für DaimlerChrysler

Der Autobauer DaimlerChrysler zieht sich weltweit von zwölf Börseplätzen zurück und wird künftig nur noch an den Börsen in Frankfurt, New York und Stuttgart gehandelt werden. Grund für den Rückzug seien die geringen Handelsvolumina und die hohen Kosten für die Börsennotierungen, teilte das Unternehmen mit.

### Millionen-Auftrag für T-Systems von Sappi

T-Systems Austria übernimmt den weltweiten SAP-Betrieb des südafrikanischen Papierkonzerns Sappi. Die Auftragssumme soll sich im zweistelligen Millionen-Euro-Bereich bewegen.

### Deutsche fordern keinen Rücktritt von EADS-Chef

Der Flugzeug- und Rüstungskonzern EADS dementiert Rücktrittsforderungen von deutscher Seite für Co-Chef Noël Forgeard. Der hatte eigenen Aktien verkauft, bevor die A-380-Verzögerungen bekannt wurden.



RZB-General Rothensteiner

### RZB-Vorstand wurde wieder bestellt

Generaldirektor Walter Rothensteiner (Bild oben) und seine Vorstandskollegen Her-

bert Stepic, Karl Sevela, Patrick Butler und Manfred Url wurden am Dienstag bei der RZB-Aufsichtsratssitzung für weitere fünf Jahre in ihren Funktionen bestätigt.

### Österreichs Konjunktur beschleunigt sich

Der von der Bank Austria Creditanstalt berechnete Konjunkturindex ist im Mai von 3,2 auf 3,4 Prozent gestiegen und hat den höchsten Wert seit 2004 erreicht. Die Stimmung in der Industrie sei gut und auch die Konsumenten kämen zunehmend aus ihrem Stimmungstief, erklärte BA-CA-Volkswirt Stefan Bruckbauer.

### Dienstleister legen im ersten Quartal zu

Die heimischen Dienstleistungsbranchen konnten ihre Umsätze im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Prozent steigern. Positiv entwickelten sich vor allem der Tourismus auf Grund der langen Wintersaison und der Handel.

### Neue Angst in Europa vor Engpass beim Gas

Der russische Strommonopolist SEU hat gestern einen Mangel an Erdgas in Russland eingeräumt und damit Sorgen um die Sicherheit der Lieferungen nach Europa genährt.